



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

## **Hochwasserkatastrophe: Der saarländische Zusammenhalt ist wasserdicht.**

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes

Anke Rehlinger

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 27. Mai 2024

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

heute vor einer Woche war das Saarland im Ausnahmezustand. Die Menschen an der Saar, an ihren Nebenflüssen und vielen Bächen, Hanglagen- und sogar kleinen Weihern wurden innerhalb weniger Stunden von einer Naturkatastrophe ereilt, die als „Pfungsthochwasser“ in die Geschichte unseres Landes eingehen wird. Dies war ein historisches Ereignis, auch wenn Hochwasser für unser Land leider nichts Außergewöhnliches sind. Seit 30 Jahren aber, seit dem „Jahrhunderthochwasser“ 1993, war unser Land in seiner Gesamtheit nicht mehr durch solche Wassermassen bedroht.

Als ich am Freitagnachmittag auf die Saarbrücker Rußhütte kam, wusste ich gemeinsam mit den Einsatzkräften vor Ort: Das hier ist eine Katastrophe, die unser Saarland fordern und lange beschäftigen wird.

Der Fischbach, der normalerweise eher schüchtern hinter den Häusern entlang plätschert, hatte sich in kürzester Zeit verdreifacht: Der Bach selbst war zu einem reißenden Strom geworden. Direkt daneben strömte ein zweiter Fischbach durch die Gärten der Häuser. Und die Fischbachstraße war zum dritten Flusslauf geworden.

Hier tat sich eine Naturgewalt auf, die in dieser Form unaufhaltsam war. Ich habe in diesem Moment den Schmerz nachempfinden können, den viele Saarländerinnen und Saarländer mir in diesen Tagen an vielen Orten des Saarlandes geschildert haben. Ob in Mettlach oder Blieskastel, Kleinblittersdorf oder Ottweiler, Neunkirchen oder Marpingen: Alle fühlten sich wehrlos gegenüber den Wassermassen und der Zerstörung. Unterschätzen wir nicht, welche Wirkung es hat, wenn plötzlich das eigene Zuhause unsicher ist. Wenn man gewahr wird, dass vieles von dem, wofür man Jahrzehnte fleißig gearbeitet hat, zerstört wird. Und was viele ebenso bewegt: Mobiliar kann ersetzt werden, aber Erinnerungen, manchmal Erbstücke sind für immer weg. Es mag klein klingen, aber das ist etwas sehr Schmerzliches.

Und deshalb möchte ich heute Morgen als Erstes, sicherlich auch im Namen des Hohen Hauses, unsere Solidarität für alle zum Ausdruck bringen, die am Pfingstwochenende diese Erfahrungen machen mussten. Seien Sie sich sicher: Wir stehen an Ihrer Seite.

Und bedauerlicherweise müssen wir auch den Tod einer 67-jährigen Frau beklagen, die bei einem tragischen Unfall bei einer Evakuierung in Saarbrücken verletzt wurde und später verstarb. Dieser Todesfall macht uns traurig. Wir sind heute auch in Gedanken bei den Angehörigen und Freunden dieser Saarländerin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

und doch: Dass dies der einzige Todesfall in direktem Zusammenhang mit dem Hochwasser ist und dass es vergleichsweise wenige Verletzte gab, ist ein großes Glück, für das wir dankbar sind. Genauso war es ein großes Glück, dass uns das Hochwasser nicht in der Nacht getroffen hat. Wir hatten einen echten Schutzengel.

Oder besser: Wir hatten viele tausend Schutzengel. Über 10.000 Frauen und Männer und freiwillige Helferinnen und Helfer haben unermüdlich Dienst getan. Es ist auch dem hochprofessionellen Einsatz dieser hauptamtlichen und ehrenamtlichen Rettungskräfte zu verdanken, dass nicht noch mehr Schaden an Leib und Leben und Hab und Gut entstanden ist.

Über 5.000 Einsätze von Polizei, Bundespolizei, Feuerwehr, THW, Bundeswehr, DRK, Maltesern, DLRG, ASB, Johannitern, Notfallseelsorgern und anderen. Evakuierungen in 15 saarländischen Gemeinden. Unzählige Straßen gesperrt. Tausende Helferinnen und Helfer leisteten schlaflos Übermenschliches. Übrigens nicht nur aus dem Saarland: auch aus Rheinland-Pfalz, aus Baden-Württemberg, aus Hessen und Bayern und aus dem ganzen Bundesgebiet waren Kräfte vor Ort. Sie alle haben unseren tiefsten Respekt und unsere höchste Anerkennung verdient!

Beim Klatschen für die haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte darf es aber nicht bleiben!

Für die saarländische Landesregierung kündige ich an:

Das Land wird sich erstens an den Helferkosten, die bei den Kommunen auflaufen, mit bis zu 50 Prozent beteiligen. Dabei sei übrigens erwähnt, dass wir mit dem Helfergleichstellungsgesetz die Ehrenamtlichen der Hilfsdienste von DRK über Malteser bis zur DLRG mit denen der Feuerwehren bei der einsatzbedingten Entschädigung von Arbeitsentgelt gleichgestellt haben, unter anderem indem wir unterhalb der vordefinierten Schadenslagen „Katastrophe“ und „Großschadenslage“ die Fallkategorie einer „außergewöhnlichen Einsatzlage“ eingeführt haben. Beim Pfingsthochwasser 2024 wurde zwar nicht von allen Katastrophenschutzbehörden eine Großschadenslage ausgerufen, grundsätzlich ist dies allerdings für alle Gemeindeverbände der Fall gewesen. Die Rückmeldungen aus diesen Einsätzen werden in die geplante Reform des saarländischen Gesetzes über den Brandschutz, die technische Hilfe und den Katastrophenschutz einfließen.

Zweitens werden wir ein Ehrenabzeichen stiften für die Unwetterhilfe beim Pfingsthochwasser 2024.

Und drittens werden wir in jedem saarländischen Landkreis und dem Regionalverband ein Helferfest gemeinsam mit dem Landkreis veranstalten.

Wir werden die Kommunen mit den Kosten nicht alleine lassen – sei es für kleine Dinge wie die Verköstigung von Helfern, das Bereitstellen von Containern, sei es für die viel größeren Fragen von baulichen Schäden oder dem Ausbau des Hochwasserschutzes. Wir haben eine Abfrage bei den Kommunen über die durch das Hochwasser entstandenen Schäden in die Wege geleitet und um Rückmeldung bis zum 15. Juni gebeten. Danach erfolgt eine Bewertung, welche vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden können.

Wir werden eine nachhaltige Lösung für die Haushalte der Kommunen finden und im Benehmen mit dem Kommunalen Sanierungsrat eine außerge4

wöhnliche Notsituation nach Paragraph 8 Absatz 5 des Saarlandpakts feststellen. Schon in der ersten Krisennacht haben wir klargestellt, dass die Kommunen von den grundsätzlichen Regelungen zum Haushaltsausgleich des Saarland-Paktes abweichen können. Wir haben die Kommunen informiert, dass Investitionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden sonderkreditfähig sind und auch über die Möglichkeit von Dringlichkeitsvergaben und die vergaberechtliche Situation zur Beseitigung von Schäden informiert.

In Zusammenarbeit mit der Architekten- und Ingenieurkammer, der IHK und der RAG vermitteln wir Sachverständige zur Inaugenscheinnahme von Schäden an Gebäuden.

Die Landesregierung wird prüfen, wie wir die Bemühungen der Kommunen beim Katastrophenschutz, vor allem bei der Ausstattung, auch finanziell unterstützen können. Hier wird das Innenministerium Hand in Hand mit den Kommunen Bedarfe klären und Beschaffungs- und Finanzierungswege ausleuchten.

Wir besprechen im Moment intensiv mit den Kommunen, wie wir ein Sofortprogramm von 5 bis 6 Millionen Euro aus Bedarfszuweisungen für dieses und das kommende Jahr so ausgestalten können, dass es schnell und effizient hilft. Wir haben mit SSGT und Landkreistag verabredet, dass sie einen Vorschlag zur Verteilung unterbreiten.

Das ist mehr als ein Signal, das ist mehr als Symbolik. Es geht um Solidarität und Unterstützung für Betroffene und Kommunen und darum, den Helfern zu helfen.

Meine Damen und Herren,  
liebe Saarländerinnen und Saarländer,  
nicht nur die Einsatzkräfte haben Großartiges geleistet.

Als ich am Freitagnachmittag auf der Rußhütte ankam, war die Fischbachstraße fast vollständig evakuiert und menschenleer. Als ich kaum 20 Stunden später wieder dort hinkam, bot sich mir ein komplett anderes Bild. Da waren überall Menschen in Schaffschuhen und mit hochgekrempelten Ärmeln. Keller und Wohnungen wurden ausgeräumt, von der Stadt bereits herbeigeschaffte Container befüllt, das Aufräumen und Saubermachen war in vollem Gange. Und da waren nicht nur die Anwohner, sondern auch unzählige Freunde, Nachbarn, spontane Helferinnen und Helfer von ganz woanders. Oft aus Orten im Saarland, wo das Hochwasser nicht solche Schäden angerichtet hatte. Da war keine Resignation oder Hilflosigkeit mehr. Es war ein einziges Anpacken, Helfen, unter die Arme greifen zu spüren!

Der Unterschied war augenfällig. Wo am Freitag noch Wassermassen waren, strömten am Samstag Menschenmassen zur Hilfe. Dieser Kontrast hat mich tief bewegt. Und ich weiß aus eigenem Erleben, dass dies nicht nur in der Fischbachstraße der Fall war, sondern im ganzen Land, überall dort, wo das Hochwasser gewütet hat.

Sofort haben Menschen sich überall erkundigt, wo sie helfen können. Bei der von der Staatskanzlei an Pfingstsonntag und –Montag eingerichteten Helfer-Hotline klingelte im Schnitt alle fünf Minuten das Telefon – und das war ja nur die winzige Spitze des Eisbergs. Sofort waren Menschen und Unternehmen bereit, zu spenden und Spendenaktionen zu initiieren, Helfer oder Evakuierte mit Essen und Trinken zu versorgen, Bautrockner oder sonstiges Gerät zu organisieren.

Was für ein Signal aus dem Saarland. Ein Land hat bewiesen: Unser saarländischer Zusammenhalt ist wasserdicht. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben! Wir können stolz auf unser Land sein!

Die Saarländerinnen und Saarländer haben ein weiteres Mal bewiesen, dass sie ein Völkchen der guten Nachbarn sind, die sich gegenseitig helfen.

Aber nicht nur nach innen, auch nach außen konnten sich Nachbarn aufeinander verlassen! Auch in Frankreich und Luxemburg gab es ähnliche Lagen wie bei uns. Ich denke zum Beispiel an unsere Nachbarstadt Bouzonville, die komplett unter Wasser stand und die ich am Dienstag gemeinsam mit dem Präfekten Touvet besucht habe. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lebt in dieser Krise. Wir waren jederzeit im Austausch, machten und erhielten Hilfsangebote. Minister Jost und ich standen im Austausch sowohl mit den luxemburgischen Kollegen als auch mit den Verantwortlichen in der Moselle. Merci à nos confrères du Grand-Est et du Luxembourg. Sogar aus unserer kriegsgebeutelten Partnerregion Lwiw in der Ukraine erreichten uns solidarische Grüße des Gouverneurs, was für ein starkes Signal, danke!

Auch die Bundesregierung zeigte sich solidarisch mit dem, was hier geschehen ist. Bundeskanzler Olaf Scholz hat einen Wahlkampfauftritt abgesagt und stattdessen im Hochwassergebiet ein Signal der Solidarität mit den Menschen hier und der Wertschätzung für die Helferinnen und Helfer gesetzt – wie in den Folgetagen auch Bundespolitiker anderer Parteien. Dafür bin ich ausgesprochen dankbar! Wie auch für diverse Unterstützungsangebote aus den Bundesministerien. Die Bundesinnenministerin hat sich sehr schnell gemeldet und mit massiven Kräften des THW umgehend geholfen. Mit Bauministerin Klara Geywitz steht mein Team in der Staatskanzlei im Dauerkontakt über Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes. Wir sind in intensiven Gesprächen darüber, wie der Bund das Saarland bei der Schadensbeseitigung unterstützen kann – wie es auch der Bundeskanzler hier vor Ort angesprochen hat.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir im Moment selbst noch gar kein vollständiges Schadensbild haben. Und daher auch noch nicht en détail sagen können, wie der Bund uns weitergehend helfen kann. Einfach nur

Pauschal-Überweisungen von irgendeiner staatlichen Ebene einzufordern, mag zwar verlockend sein – zielführend ist es in der Sache aber nicht. Es ist gut, dass wir im Saarland gemeinsam auf allen Ebenen Schritt für Schritt vorangehen, gerade in einer Krise.

Meine Damen und Herren,

verantwortlich für die Katastrophe war eine außergewöhnliche Wetterlage. Innerhalb von 24 Stunden fiel im Schnitt eine Regenmenge von mehr als 100 Litern pro Quadratmeter. Das ist mehr als sonst im ganzen Monat und ließ viele Pegel auf Rekordniveau ansteigen.

Ab Freitag, 7 Uhr, tagten die Krisenstäbe und die Koordinierungsstelle beim Innenministerium im Abstand weniger Stunden. Noch am Abend des Krisenfreitages trat gegen 21.30 Uhr der Ministerrat zusammen – wie in den Folgetagen über Pfingsten täglich. Quasi täglich war die Landesregierung in verschiedenen Konstellationen mit den kommunalen Spitzenverbänden oder sogar mit allen Kommunen in gemeinsamen Videoschalten. Außerdem fanden in der letzten Woche bereits Sondersitzungen des Innen-Ausschusses statt, in denen umfangreich über die Lage und die weiteren Schritte informiert wurde.

Innenminister Reinhold Jost und sein Team im Ministerium sowie der Landesbrandinspekteur, die Integrierte Leitstelle Saar und die Führungs- und Lagezentrale der Polizei haben uns dabei jederzeit schnell und kompetent ins Bild gesetzt. Herr Minister, lieber Reinhold Jost, ich möchte Dir persönlich, Deinem Team im Haus, den genannten Partnern, aber auch allen Bediensteten im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums meinen außerordentlichen Respekt für die Besonnenheit und die Kompetenz in diesen herausfordernden Stunden und Tagen bezeugen. Sie alle haben Großartiges geleistet. Meinen aufrichtigen Dank dafür!

Genauso gilt der Dank dem Umweltministerium und seinen nachgeordneten Behörden, insbesondere dem LUA und dem LfS, die sofort voll einsatzfähig waren und uns nicht nur mit extrem wichtigen Informationen rund um Wetterlage, Pegelstände und Verkehrssituationen versorgt haben,



sondern auch rund um die Uhr draußen im Einsatz für die Menschen im Land und für die Kollegen der anderen Dienste waren! Auch dafür einen großen Dank und Anerkennung. Und das gilt auch für das Wirtschaftsministerium, wo man kaum 24 Stunden nach Einsetzen des Hochwassers eine Hotline für betroffene Unternehmen gestartet hat. Am Ende hatte der Wirtschaftsminister persönlich vermutlich mit jedem größeren Unternehmen telefoniert, das geschädigt wurde oder war sogar vor Ort. Das Finanzministerium hat über die Feiertage einen Katastrophenerlass abgestimmt und steuerliche Erleichterungen für Geschädigte sowie für Spenden auf den Weg gebracht. Auch das Bildungsministerium war im Kontakt zu Kitas, Schulen und Kultureinrichtungen, um schnell Schadensausmaße festzustellen und Abhilfe einzuleiten. Und das Sozialministerium hat sich aufopfernd zum Beispiel um Senioreneinrichtungen gekümmert, die evakuiert werden mussten und stand in engem Kontakt zu Trägern und Einrichtungen im sozialen Bereich. Ihnen allen vielen Dank!

Zu den entscheidenden Akteuren am Pfingstwochenende gehörten auch die Unteren Katastrophenschutzbehörden bei den Landkreisen und der Landeshauptstadt Saarbrücken. Alle waren sofort auf dem Platz. Alle blieben auch dann in Bereitschaft, als die Gefahr neuer Starkregenereignisse nicht ausgeschlossen werden konnte und wir Vorkehrungen für eine Rückkehr des Ernstfalles treffen mussten.

Mein Dank geht daher nicht nur an die Koordination auf Landesebene, sondern auch an die Landräte und die Landrätin, an die Oberbürgermeister und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der betroffenen Städte und Gemeinden, die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und alle Mitarbeiter der Verwaltungen, Bauhöfe und viele mehr, die mit angepackt haben. Vielen Dank für die vorbildliche Arbeit und Zusammenarbeit!

Kommunen und Land haben auch für die finanziellen Hilfen Hand in Hand gearbeitet. Noch in der ersten Hochwasser-Nacht hat die Landesregierung formal den Weg für Hilfen freigemacht und begonnen, Richtlinien zu erarbeiten. Bereits am Pfingstmontag konnten Eckpunkte mit der kommunalen Familie abgestimmt werden, die am Dienstag im Ministerrat beschlossen wurden.

Ein erstes Instrument war mit der Elementarschäden-Richtlinie schnell gefunden, weil die vormalige Landesregierung es bereits 2020 aufgesetzt hatte. Wir haben den Kern dieser Richtlinie unverändert gelassen, jedoch an einigen Stellen einfacher zugänglich und breitenwirksamer gemacht. Durch diese Richtlinie kann bei größeren Schäden geholfen werden. Die Schwelle haben wir von 20.000 Euro auf 5.000 Euro abgesenkt, die Obergrenze liegt bei 150.000 Euro. In dieser Spanne kann die Hälfte erstattet werden. Wir haben die Grenze, ab der man nicht mehr als bedürftig gilt, deutlich nach oben gesetzt. Jetzt liegt sie ungefähr beim mittleren Einkommen im Saarland. Auch kann man jetzt etwas unbürokratischer nachweisen, dass eine Elementarschäden-Versicherung wirtschaftlich nicht zumutbar ist oder gar nicht verfügbar.

Wenn Sie durch betroffene Straßen gegangen sind, dürften Sie aber wie ich festgestellt haben, dass in manchem Keller, mancher Wohnung kein Schaden von 5.000 Euro entstanden ist. Aber, wer nicht viel Geld hat, der kann sich nicht einfach eine neue Waschmaschine kaufen, wenn die dem Hochwasser zum Opfer gefallen ist. Land, Landkreise, sowie Städte und Gemeinden lassen auch diese Menschen nicht im Regen stehen – weder wortwörtlich noch finanziell. Dafür haben wir zusätzlich gemeinsam mit den Kommunen eine niedrighschwellige pauschale Hochwasserhilfe von bis zu 1.000 Euro neu geschaffen. Der Antrag passt auf ein Blatt und auch die Prüfung ist wenig aufwändig. Die Kommune muss bestätigen, dass der betreffende Haushalt im Schadensgebiet lag und tatsächlich betroffen ist. Der Geschädigte muss seinen Schaden angeben.

In beiden Programmen gehen die Anträge an die Bürgermeister der betroffenen Städte und Gemeinden, die alles Weitere gemeinsam mit dem jeweiligen Landkreis abwickeln. Als dritte Säule haben wir eine Härtefallregelung verabredet für die Einzelfälle, die aus irgendeinem Grund durchs Raster fallen, aber dringend Hilfe benötigen.

Für die finanziellen Hilfen gibt es keine Obergrenze und damit auch kein Windhund-Prinzip. Wer Hilfe wirklich braucht, wird Hilfe bekommen.

Seit Donnerstagabend sind die entsprechenden Anträge zugänglich. Kaum eine Woche nach Beginn des Starkregens können die Saarländerinnen und Saarländer die finanziellen Hilfen beantragen. Und die kommunale Familie tut alles dafür, dass das Geld schnell ankommt.

Schneller geht es nun wirklich nicht! Ich danke ausdrücklich allen Mitwirkenden auf Seiten der Landesregierung vor allem dem Finanzminister und seinem Team und dem Chef der Staatskanzlei David Lindemann sowie dem gesamten Team der Staatskanzlei, aber vor allem den Landkreisen und dem Regionalverband und den Kommunen. Diese Krise wird Hand in Hand gemeistert.

Meine Damen und Herren,

solche Ereignisse werden durch den Klimawandel leider nicht weniger, sondern mehr. Hochwasserschutz ist da die eine Sache. Aber auch die beste Vorsorge wird Schäden nicht immer verhindern können. Und deshalb ist auch wichtig, dass man sich entsprechend versichert. Das Problem ist nur, dass die aufgerufenen Preise oft astronomisch sind. Viele können sich die Versicherung deshalb nicht leisten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle daher ein Wort sagen, das sich über die Landesgrenzen hinaus richtet: Alle 16 Bundesländer sind sich seit langem darüber einig, dass es angesichts der Auswirkungen des Klimawandels längst geboten wäre, eine Elementarschaden-Pflichtversicherung einzuführen. Der Bundesjustizminister ist seit vielen Monaten aufgefordert, dafür

einen Entwurf vorzulegen. Ich sage es in aller Deutlichkeit: Wir nehmen jetzt beachtliche Landesmittel in die Hand, um private Schäden abzumildern, weil der Bundesjustizminister nicht gehandelt hat. Ich halte das für inakzeptabel. Wir können über das konkrete Modell reden. Es ist jetzt beispielsweise vorgeschlagen worden, sich die Handhabung in Frankreich zum Vorbild zu nehmen, wo die Versicherungen gesetzlich verpflichtet werden, eine Zusatzversicherung für einen bezahlbaren, gedeckelten Aufschlag anzubieten. Wir werden das auf der nächsten MPK am 20. Juni auf die Tagesordnung setzen und im Bundesrat am 14. Juni einen Antrag einbringen. Ich weiß alle anderen Bundesländer an unserer Seite!

Meine sehr verehrten Damen und Herrn,

wir haben ein langes Wochenende gegen das Hochwasser gekämpft, aber gegen seine Folgen werden wir noch sehr lange kämpfen. Denn wo das Wasser geht, werden im ganzen Land Schäden sichtbar: an Privathäusern. Aber auch an Straßen, Brücken, an Schulen und Kitas, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden.

Ich war am vergangenen Donnerstag beim Landesbetrieb für Straßenbau. 60 Straßenabschnitte mussten am Pfingstweekende wegen Überflutung, Unterspülung oder Hangrutschen ganz oder teilweise gesperrt werden. Von den hundertfachen Reinigungsarbeiten auf Straßen- und Radwegen gar nicht zu sprechen. Der Großteil konnte mittlerweile wieder freigegeben werden. Aber es gibt auch Problemfälle an drei Bundes- und sechs Landstraßen, die nicht ganz so schnell behoben werden können. Ich war mit den LfS-Kollegen auf der L 108 von St. Ingbert nach Heckendalheim, die sogenannte Staffell. Diese vielgenutzte Straße Richtung Flughafen, Bliesgau und Mandelbachtal ist derart unterspült worden, dass eine kurzfristige Reparatur unmöglich ist. Hier müssen Spezialfirmen mit steilhangfähigem Gerät ran. Das ist nicht nur teuer, sondern wird dauern. Als Landesregierung schaffen wir daher derzeit die Voraussetzungen, dass hier eine Form

der Not-Vergabe greifen kann, damit es möglichst schnell losgeht und dann auch wieder behoben ist.

Klar ist also: Die Hilfe endet nicht bei Sandsäcken, Evakuierung und Aufräumen. Wir, Land und Kommunen gemeinsam, werden auch bei der Schadensbehebung und deren Finanzierung gefordert sein. Nicht nur bei der Unterstützung von Menschen, die ihre Habseligkeiten verloren haben, sondern auch bei der Wiederherstellung der öffentlichen Infrastruktur und beim Hochwasserschutz.

Meine Damen und Herren,

seit dem Jahrhunderthochwasser 1993 ist viel für den Hochwasserschutz getan worden. So lässt sich allgemein feststellen, dass viele Pegelstände 2024 höher waren als 1993, die Auswirkungen aber – so schlimm sie teilweise trotzdem sind – geringer ausfielen als vor 30 Jahren. Dort, wo Maßnahmen zur Prävention ergriffen wurden, konnte das Ausmaß des Hochwassers und auch der Folgeschäden erheblich reduziert werden.

Jedoch: Das Bessere ist der Feind des Guten.

Lassen Sie mich dies am Beispiel von Blieskastel erläutern. Hier hat der Damm gehalten. Blieskastel wäre, was den Damm angeht, im Gegensatz zu 1993 nicht geflutet worden. Dennoch stand am Samstag das Wasser in der Altstadt, wenn auch nicht so schlimm wie vor 30 Jahren, weil Pumpen den Geist aufgaben. Unabhängig davon, dass dieser Einzelfall untersucht werden muss, müssen wir vor allem daraus lernen.

Auch der Blick nach Ottweiler zeigt, dass die Maßnahmen gewirkt haben. Ohne das neue Regenrückhaltebecken wäre Schlimmeres geschehen. Und doch wurde Ottweiler geflutet, weil die Wassermassen am Ende weit größer waren als je zuvor.

Die Gefahrenlage wird also nicht nur komplexer, sondern auch größer und dauert länger, wie viele Beispiele lehren. Darauf müssen wir reagieren.

Planerisch: durch Überprüfung des Hochwasserrisikomanagementplans. Vorsorgend: mit neuen und noch besseren Maßnahmen vor Ort. Und ausstattend: mit der Erneuerung und Verbesserung von Ausbildung und Materialvorhaltung bei denen, die ran müssen, wenn es ernst wird: Egal ob bei der Lageeinschätzung im LUA oder bei der Sicherungs- und Rettungsarbeit vor Ort. Und auch bei der zeitgemäßen Sicherung von kritischen Infrastrukturen müssen wir ran, wie die Lage am Kraftwerk Weiher oder der Netzausfall in Neunkirchen gezeigt haben. Wir werden gemeinsam mit der kommunalen Familie genau hinschauen, wo wir besser werden müssen. Und wir werden als Land dann auch bereit sein, mitzuhelfen, selbst dort, wo wir nicht zuständig wären.

Mehr als vier Fünftel der Kommunen haben sich mit vom Land geförderten Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzepten auf den Weg gemacht. Sechs Kommunen haben fertige Konzepte. Das flächendeckende Ereignis des Pfingstwochenendes lehrt: Es müssen 100 Prozent sein. Wir brauchen darüber hinaus in allen Kommunen Starkregengefahrenkarten. Und das Land wird mit einer saarlandweiten Extrem-Starkregengefahrenkarte als Ergänzung zu den detaillierteren kommunalen Vorsorgekonzepten erstmals öffentlich flächendeckend Informationen bereitstellen. Das Land setzt sich schon seit Jahren auch stark finanziell ein und fördert Hochwasserschutzprojekte mit einem hohen Fördersatz von 70 Prozent.

Aber wir werden mehr machen müssen.

Wir müssen verstärkt Überschwemmungsgebiete ausweisen und dort auf Bebauung verzichten. Wir müssen mehr in technische Hochwasserschutzanlagen investieren, auch wenn diese bis zum Akutfall unspektakulär, fast unsichtbar und nicht erlebbar sind. Wir werden auch ein neues Informationspaket schnüren, mit dem sich Private besser vorbereiten und schützen können. Und wir müssen dringend appellieren, sich zu versichern, solange es keine Pflichtversicherung gibt. Für ein Auto von 15.000 Euro schließen viele eine Vollkasko-Versicherung beinahe egal, was es kostet. Aber für ein

Haus im Wert von mehr als hunderttausend Euro ist die Rate für eine Elementarschädenversicherung vielen zu teuer. Wir müssen darauf hinwirken, dass mehr Menschen sich versichern!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„die Welt geht morgen nicht unter“. So hat der SR in diesen Tagen die Aussage eines namhaften Bundespolitikern zum Klimawandel zitiert, die noch kein Jahr alt ist. Würde der Satz wohl auch fallen mitten in den beängstigenden Bildern des Pfingsthochwassers? Ich glaube: das ist der falsche Ton, die falsche Herangehensweise an die globale Herausforderung Klimawandel und Klimaanpassung.

Der Klimawandel und seine Folgen sind da. Hier bei uns. Er schlägt nicht nur auf irgendwelchen Südsee-Inseln zu. Schon die Erhöhung der Erdtemperatur um ein Grad sorgt dafür, dass das Mittelmeer aufheizt, dass mehr Wasser in die Wolken steigt und dann wie ein Hammer mehr als tausend Kilometer weiter nördlich herabfährt. Und das ist nur ein Phänomen. Wir sind auch regelmäßig mit lebensgefährlichen Hitzewellen konfrontiert. Werfen Sie nur einen Blick in unsere Wälder!

Ich sage deshalb: Wer das Saarland liebt, der muss das Klima schützen. Denn wer das Klima schützt, der schützt unser Saarland!

Es wird in der Zukunft sehr darauf ankommen, mit welchem Ton, mit welcher

Melodie diese Debatte geführt wird. In der verantwortlichen Politik wie in der Gesellschaft. Diese Landesregierung wird niemals zu denen gehören, die Panik verbreiten. Und auch nicht zu denen, die, immer wenn es konkret wird, das Thema auf übermorgen verschieben. Wir stehen fest in der vernünftigen Mitte.

Wir bleiben im Saarland bei Worten nicht stehen. Wir haben den Turbo eingelegt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Nachhaltiger Strom ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern längst auch ein harter wirtschaftlicher Standortfaktor. Das Saarland ist Nummer Eins bundesweit

bei Photovoltaik, niemand hat mehr installierte Leistung pro Quadratmeter. Und wir sind im ersten Drittel bei der Windenergie und auch hier dürfte der Ausbau stark anziehen, das zeigt zumindest der massive Planungsboom. Mit dem Umbau der Stahlindustrie stehen wir europaweit an der Spitze bei der Dekarbonisierung von industriellen Prozessen. Mit Milliardeninvestitionen senken wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des ganzen Landes erheblich. Somit schützt jeder investierte Euro das Klima und Arbeitsplätze zugleich! Grüner Stahl, ÖPNV-Ausbau, Deutschlandticket, Fahrradwege, Solarpaket, Windkraft, energetische Gebäudesanierung, alternative Antriebe, nachhaltiges Bauen: das und noch viel mehr ist kein ideologiegetriebener Luxus. Das ist schlicht überlebensnotwendig. Und wenn wir es, wie in der Stahlindustrie an der Saar, schlau umsetzen, dann wird sich daraus sogar wirtschaftliche Prosperität ergeben.

Nur eines geht nicht: So zu tun als ob es ein Problem sei, bei dem man entweder nichts ausrichten könne oder das irgendwo in der fernen Zukunft liege. Es geht vielmehr darum, gleichzeitig die Folgen und die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen. Das ist die Ambivalenz unserer Zeit. Wir müssen uns an die bereits unumkehrbaren Folgen anpassen und trotzdem weiter dagegen kämpfen, dass der Klimawandel noch erheblich schlimmer wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ja, das alles wird Geld kosten. Und nicht nur die natürlichen Ressourcen unseres Planeten sind begrenzt, sondern leider auch die Schatulle des Finanzministers. Aber dieses Geld ist allemal besser angelegt als die Millionen, die wir jetzt brauchen, um die Schäden zu regulieren. Wenn wir nichts machen, wird es am Ende noch teurer!

Ich komme noch einmal auf die Fischbachstraße auf der Rußhütte in Saarbrücken zurück. Wenn die Experten uns sagen, es gibt eine Maßnahme, mit der wir die Wahrscheinlichkeit senken, dass die Fischbachstraße selbst noch einmal zum Fischbach wird, dann sollten wir das auf alle Fälle tun!



Unter dem Strich kann noch niemand exakt und verlässlich sagen, wie hoch der volkswirtschaftliche Gesamtschaden durch das Hochwasser im Saarland ist. Es wird noch dauern, bis wir ein genaueres Schadensbild haben werden. Ohne Frage wird es sich aber um viele Millionen handeln.

Es geht um die Kosten der akuten Gefahrenabwehr der ersten Tage. Es geht um die Kosten der finanziellen Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger. Es geht aber auch um die Kosten für den Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur von Land und Kommunen sowie die Kosten für eine Stärkung der Einsatzkräfte und des Hochwasserschutzes. Wir prüfen derzeit intensiv die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes verbunden mit einer dann unter Umständen notwendig werdenden Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne einer Naturkatastrophe. Ich bitte schon jetzt um konstruktive Beratungen, wenn es um die haushalterischen Notwendigkeiten geht, die aus der Hochwasserkatastrophe entstehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bitte dieses Hohe Haus in den kommenden Wochen um die Solidarität, die die Saarländerinnen und Saarländer vorbildlich gezeigt haben. Es wird sicher Raum für unterschiedliche Positionen geben. Aber seien wir in einer gemeinsamen Botschaft immer sehr klar: Wir lassen niemanden im Regen stehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Glückauf.